

29. III. 1919

174

## Das 5-Milliarden-Defizit.

Wien, am 28. Juli.

Der Fünfmilliardenübergang, den der heute eingehauchte Staatsvoranschlag für das Jahr 1919/20 ausweist, ist eine Ziffer, so furchtbar und niederschmetternd, daß sie fast jeden Hoffnungsschimmer zum Verblassen bringt. Selbst dann, wenn die Friedensbedingungen der Gegner noch im letzten Augenblick eine den Forderungen der deutschösterreichischen Delegation entsprechende Misserung erfahren würden, wäre über den jungen deutschösterreichischen Staat das Urteil gesprochen, wenn wir selber nicht imstande sind, in unseren Staatsfinanzen einigermaßen Gleichgewicht zu schaffen. Das ist nun freilich leichter gesagt als getan, denn das Uebel unserer heillosen Defizitwirtschaft ist nicht in einem mangelnden Verantwortungsgefühl etwa der mächtigsten Ressortfachleute, sondern vielmehr in der Zerstörung unserer Volkswirtschaft und in noch höherem Grade in der allgemeinen Arbeitsunlust zu suchen und vor allem in der Demagogie, die mit diesen gefährlichen Zuständen noch spielt. Gegen den schlechten Stand der Volkswirtschaft läßt sich unmittelbar nur kämpfen, besonders soweit es sich um Schwierigkeiten handelt, die nicht so sehr auf ökonomische, sondern auf politische Gründe und auf Hemmungen durch mißgünstig gesinnte Nachbarn zurückzuführen sind. Der Prozeß der Gesundung und Neubelebung unserer Volkswirtschaft und damit auch unserer Staatsfinanzen wird sich unter allen Umständen auf Jahre hinaus erstrecken und wenn wir diesen Termin abkürzen und die Neuordnung der Finanzen beschleunigen wollen, so bleibt nur ein Ausweg übrig: Arbeiten und noch einmal arbeiten. Für verlei Erwägungen fehlt vielfach das Verständnis und man pflegt es auch nicht. So wurde der Staat eine Art Versorgungsanstalt, in der nicht nur Bedürftige, sondern auch Unbedürftige Platz finden und die auf Regimentsuntosten die Sorglosigkeit nährt. Die Schicht der produzierenden Klassen ist bei uns schon im Frieden wesentlich kleiner gewesen als zum Beispiel in Deutschland. Jetzt, wo eine Wiederbelebung der Volkswirtschaft unerlässlich wäre und wo sich alle Kräfte anstrengen sollten, um aus den Kriegsschäden herauszukommen, franken wir an unserem Uebel mehr denn je. Diese Latsche kommt auch in den Ziffern des Staatsvoranschlages zum Ausdruck. Die Ausgaben, die unter dem Titel „Soziale Maßnahmen“ verbucht werden, betragen allein mehr als drei Milliarden Kronen. Vieles daran ist unbedingt notwendig und gerecht und wird daher aus dem Budget niemals verschwinden dürfen. Doch bei aller Anerkennung der sozialen Pflichten des Staates muß doch mit aller Entschiedenheit auf das Unhaltbare des jetzigen Brauches hingewiesen werden. Jetzt werden Milliarden für eine künstliche Herabsetzung der Preise gewisser Lebensmittel ausgegeben und doch ist diese kostspielige Hilfe nur eine Täuschung. Die Lebensmittelhilfen werden uns für das Jahr 1919/20 auf 1881 Millionen Kronen zu stehen kommen, wenigstens nach den Berechnungen des Staatsamtes für Finanzen. Dieser Betrag kann aber über Nacht auf zwei oder drei Milliarden und noch darüber sich infolge der weiteren Verschlechterung unserer Valuta, die durch diese ungedachten Ausgaben herbeigeführt wird, erhöhen. Lebensmittelpreise und Stand der Valuta stehen in einem engen Zusammenhang. Die Devise Wien ist noch vor einem halben Monat in Zürich mit 18.20 Franken bewertet worden und heute müssen wir froh sein, wenn wir noch 12 Franken für 100 Kronen bekommen. Ins Praktische übersetzt, bedeutet dies, daß uns die gleiche Menge ausländischer Rohstoffe und sonstiger Waren, die uns noch vor 14 Tagen eine Milliarde Kronen gelöst hätten, heute auf  $1\frac{1}{2}$  Milliarden zu stehen kommen. Das verteuert aber immerfort unser gesamtes Leben. Dabei ist die starke Aufwärtsbewegung an den großen Lebensmittelmärkten in Chicago und Buenos Aires noch gar nicht berücksichtigt. An dem letzteren Platz sind in der vorigen Woche die Weizen- und Maispreise innerhalb weniger Tage um 45, bezw. 50 Prozent erhöht worden. Diese Preissteigerung werden wir zu tragen haben und wenn man es bei dem jetzigen System der künstlichen Lebensmittelpreise bewenden lassen sollte, so wird sich auf dem Konto „Ertleichterung der Lebensführung“ allein schon eine Überschreitung des Voranschlages um viele Hunderte von Millionen, wenn nicht sogar um Milliarden ergeben. Es ist daher höchste Zeit, daß man an den verantwortlichen

Stellen endlich den Mut findet, die Wahrheit über diese Politik der Vollstauschung zu bekennen. Wir nehmen dem Volke, indem wir auf diese Art geben. So lange jede Drohung mit gewissen innerpolitischen Folgen genügt, um dem Staaate wieder einige Millionen abzupressen, werden wir freilich nie aus der Schuldenwirtschaft herauströnnen. Wir verbuchen heute auf der Ausgabenseite circa  $8\frac{1}{2}$  Milliarden Kronen, d. h. circa 1800 Kronen pro Kopf der Bevölkerung und dennoch sind in dem ganzen Budget keine 400 Millionen Kronen enthalten, die — materiell gebracht — wirklich produktiven Zwecken dienen. Ein paar hundert Millionen für die Verbesserung und für die Elektrifizierung des Bahnhofs; das ist ziemlich alles. Von nutzbringenden Arbeiten und Bauten, die das Heer der Arbeitslosen einschränken würden, ist fast nirgends die Rede. Dafür erfordert unsere bewaffnete Macht allein  $358\frac{1}{2}$  Millionen und das Heer der Beamten kommt uns auf fast 1400 Millionen zu stehen.

Der Staatsvoranschlag ist das getreue Spiegelbild unserer gesamten Wirtschaftspolitik. Hier wie dort ein starkes Hervortreten des Unproduktiven vor dem Produktiven, ein gewaltiges Überwiegen des Verbrauchs und eine Methode des Zehrens vom Kapital. Solche Wirtschaft kann nicht von Dauer sein, selbst wenn die zwei Milliarden im Ausfall und Abrechnung kommen, die mit dem Wegfall jener deutschen Gebiete, auf die Deutschösterreich Anspruch erhob, die Ausgaben verringern und auch wenn es dem Staatssekretär für Finanzen wirklich gelingen sollte, im Anteilsweg die vier Milliarden aufzuwringen, die vorläufig zur Deckung des Fehlbetrages notwendig sind. Die Verfassung unseres Geldmarktes ist gegenwärtig derart, daß er eine starke Belastung mit neuen Staatspapieren nicht verträgt. Ob die Banken sich zur Übernahme solcher großer Summen wie sie in Aussicht genommen sind, bequemen, ist vorderhand fraglich. Wahrscheinlich werden sie verlangen, daß man es ihnen ermöglicht, die neuen Staatspapiere jederzeit in jeder beliebigen Menge bei der Österreichisch-Ungarischen Bank zu konvertieren. Ein solches Zugeständnis bedeutet jedoch nichts anderes, als die Vermehrung des Banknotenumlaufes auf dem Wege über die Kreditbanken. Damit wäre man dann also wieder bei der Notenpreisse angekettet. Wenn dies wirklich der Endpunkt aller Weisheit in Deutschösterreich sein sollte, dann sind wir verloren, und zwar auch ohne das Zutun der Feinde.